



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 20.03.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

ACHTUNG: GEÄNDERTER SITZUNGSORT

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 25. März 2014, um 17:00 Uhr,
DITIB - Türkisch-Islamischer Kulturverein, Holzstr. 36, (Eingang über den Hof),
65197 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.02.14

2. 14-A-21-0001

Verlegung von Stolpersteinen

ANLAGE

3. 14-F-33-0033

Mehr Migranten in sozialen Berufen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

Menschen in sozialen Berufen wie der Pflege sowie bei Polizei und Feuerwehr leisten für unsere Gesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag. Gerade in diesen Berufsbereichen besteht allerdings auch immer ein Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und Menschen mit Migrationshintergrund haben dort einen geringeren Anteil als in der Gesamtbevölkerung.

Gleichzeitig ist die tägliche Arbeit erwiesenermaßen der beste Ort, um Menschen erfolgreich zu integrieren und besonders bei der Arbeit mit anderen Menschen sind oft interkulturelle Kompetenzen von Vorteil.

Aus diesen Gründen gab es bereits in der Vergangenheit Kampagnen, die insbesondere mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die oben genannten Berufe gewinnen sollten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) über die Informationskampagne der Stadt Wiesbaden zur Gewinnung von Feuerwehrleuten (Antrag Nr. 08-F-25-0091) und das Modellprojekt des Landes Hessen zur Gewinnung von Pflegekräften mit Migrationshintergrund und deren Erfolge zu berichten;
- b) die Informationskampagne der Stadt zur Gewinnung von Feuerwehrleuten mit Migrationshintergrund zu aktualisieren und um das Berufsfeld soziale Berufe (u.a. Pflege, Erziehung) zu ergänzen;
- c) dem Ausschuss ein Jahr nach Start der Kampagne über deren Umsetzung und Erfolge zu berichten.

ANLAGE

4. 14-F-03-0041

Wiesbaden ist Fair-Trade-Stadt
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 16. Dezember 2010 den Beschluss, dass Wiesbaden „Fair-Trade-Stadt“ werden soll. Am 10. März 2014 fand die Veranstaltung „Mehr Genuss durch mehr Fairness!? Fairtrade in Wiesbaden“ im Rathaus Wiesbaden statt. Diese ließ allerdings einige Fragen offen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viel Geld steht für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung? Welche Aktionen sind geplant, um der Öffentlichkeit Wiesbaden als Fair-Trade-Stadt näher zu bringen?
2. Welche Projekte, die fairen Handel voranbringen, werden in welcher Form unterstützt?
3. Ist es zutreffend, dass die Stadtverwaltung teilweise keinen fair gehandelten Kaffee ausschenkt, weil Verträge mit Kaffeeautomatenfirmen bestehen, die dies verhindern?

4. Bestehen die Blumengestecke im Rathaus aus fair gehandelten Blumen?
5. Wie ist gewährleistet, dass die Stadt Wiesbaden bei der fairen Beschaffung mit gutem Beispiel vorangeht?
6. Sieht der Magistrat mittlerweile eine Möglichkeit, den „Weltladen“ weiter in die Innenstadt zu holen?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit benachbarten Fairtrade-Gemeinden geplant, zum Beispiel mit Walluf?

ANLAGE

5. 14-F-08-0017

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 19.03.2014 -

Gemäß der Sitzungsvorlage zur Bürgerbeteiligung in Wiesbaden (14-V-12-0001) sollen 5 Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung nach dem Hare Niemeyer-Verfahren benannt, ein Ortsbeiratsvorsitzender im Losverfahren ermittelt und jeweils 6 Vertreter aus Verwaltung und Bürgerschaft bestimmt werden und gemeinsam eine Steuerungsgruppe zur Bürgerbeteiligung bilden.

Da nach diesem Verfahren die kleinen Fraktionen in dieser Steuerungsgruppe keinen Sitz bekommen werden und dies im Beirat die Meinungsvielfalt der im Stadtparlament vertretenen Gruppierungen nicht ausreichend berücksichtigen würde, möge der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration beschließen:

Es werden so viele Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung in die Steuerungsgruppe entsandt wie es Fraktionen im Stadtparlament gibt, sodass jede Fraktion einen Vertreter benennen kann. Gemeinsam mit einem Vertreter des Ortsbeirats, der per Losverfahren bestimmt wird, ergibt das die Zahl an Vertretern, die auch die Bürgerschaft und die Verwaltung entsendet, sodass die drei Untergruppen aus Politik, Bürgerschaft und Verwaltung in der Steuerungsgruppe paritätisch vertreten sind.

5.1 14-V-12-0001

DL 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

6. 14-F-05-0004

Tätigkeit des Präventionsrates
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2014 -

Beim Studium der Tagespresse, hier insbesondere auch im Hinblick auf Leserbriefe, kann sich beim aufmerksamen Bürger der Eindruck aufdrängen, dass es um die Sicherheit in Wiesbaden nicht zum Besten bestellt ist. Sowohl unter Jugendlichen als auch insbesondere von älteren Menschen wird des Öfteren die Meinung geäußert, dass bestimmte Plätze besser gemieden werden sollten, weil man

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

sich dort unsicher fühle. Auch der Seniorenbeirat hat sich schon mehrfach entsprechend geäußert. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die Kriminalstatistik dies nicht widerspiegelt, wenn auch eine Häu-

fung von Körperverletzungen, die mit besonderer Aggressivität verbunden sind, zu beobachten ist. Das subjektive Empfinden vieler Bürger entspricht somit nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Um Straftaten schon im Vorfeld zu vermeiden, wurde in Wiesbaden der Präventionsbeirat eingerichtet. Leider ist die Öffentlichkeitswirkung dieses Gremiums eher bescheiden. Weder die Öffentlichkeit noch die Stadtverordneten erhalten regelmäßige Berichte aus dem Rat.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie häufig und in welchen Zusammensetzungen der Präventionsbeirat getagt hat
- was konkret der Präventionsrat unternommen hat, um die Sicherheit der Wiesbadener Bürger zu erhöhen, insbesondere
- welche Problemfelder identifiziert und analysiert wurden
- welche zielorientierten Lösungen und Empfehlungen erarbeitet wurden.

7. 14-F-33-0034

Freiwilligendienstausweise
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

In den Koalitionsverträgen auf Landes- und Bundesebene ist die Rede von der Ausstellung eines einheitlichen Freiwilligendienstausweis für alle Freiwilligen, mit dem es Vergünstigungen für ehrenamtlich Tätige geben soll. Im Koalitionsvertrag für Hessen wird dabei explizit erwähnt, die Zusammenführung der Jugendleitercard (JULEICA) und der Ehrenamtskarte zu prüfen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten - nach Bekanntwerden eines entsprechenden Konzepts - zu berichten, welche Auswirkungen er auf bestehende Regelungen - wie zum Beispiel JULEICA - ergeben, wenn ein einheitlicher Freiwilligendienstausweis etabliert wird.

8. 14-F-03-0042

Bürgerreferat - Bürgerbeteiligung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.03.2014 -

Mehrere Anträge, nun auch eine SV, haben derzeit das Thema Bürgerbeteiligung zum Inhalt. In einem Prozess, der alle beteiligten Seiten miteinbezieht, soll ein Konzept für künftige Bürgerbeteiligung zu den wichtigsten Punkten der Stadtpolitik erarbeitet werden. Um dieses Vorhaben zu einem

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 25. März 2014

gelingenden Beginn zu bringen, lohnt es sich Erfahrungswerte der Stelle einzuholen, die schon jetzt als Schnittstelle Bürgerschaft/Politik fungiert.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) wie sich die Arbeit des Bürgerreferats im alltäglichen Handeln darstellt (wie viele Bürger benötigen Auskünfte/Orientierungshilfen, wie viele Bitten um Umsetzung von direktem Handeln gibt es, etc.?).
- 2) welche Erkenntnisse des Referats zum Thema "Bürgerbeteiligung" schon jetzt vorliegen und in die weitere Arbeit der Projektgruppe "Bürgerbeteiligung" miteinfließen können.

9. 14-F-08-0018

Unterbringung von Flüchtlingen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 19.03.2014 -

In letzter Zeit häufen sich Berichte über Attacken auf Asylbewerberheime. Daher stellt sich die Frage, ob die Unterbringung von Asylbewerber_innen in Privatwohnungen nicht sicherer für die Betroffenen wäre.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wer ist der gegenwärtige Eigentümer der Wiesbadener Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge?
2. Wie hoch ist die Miete, die pro Bewohner_in der Gemeinschaftsunterkunft an den Eigentümer gezahlt wird?
3. Wie viele Asylbewerber_innen leben aktuell in dieser Unterkunft und auf wie viele Wohneinheiten sind diese verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Kopfzahl)?
4. Welche Sicherheitsvorkehrungen für die Bewohner_innen hat die Stadt Wiesbaden angesichts der Gefährdung durch neonazistische Attacken getroffen?

10. 13-A-02-0011

Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

10.1 12-F-08-0107

Öffentliche Sitzungen des Ältestenausschusses

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

ANLAGE

11. 13-F-33-0095

Bedarfsgerechte Pflege von älteren Migranten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013 -

ANLAGE

12. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Apel
Vorsitzende